

## Datenschutz

### Google an die Leine

Dem Staat nehmen wir eine Volkszählung übel, aber Internet-Giganten erlauben wir jeden Zugriff. Warum bloss?

Klar, es war nur eine Panne. Ein Fehler in der Software. Wirklich. Kein Datensammler bei Google wollte an die Kommunikation von ungezählten Haushalten heran. Niemand hatte die Absicht, die Daten aus ungesicherten Privatcomputern abzusaugen. Es ist halt so passiert, während die Autos des US-Internetgiganten für das Projekt «Street View» durch Deutschlands Strassen fahren, um die Republik abzufotografieren. Vorgarten für Vorgarten, Haus für Haus. Dass da plötzlich von irgendwoher massenweise Daten in die Rechner der kalifornischen Firma flossen, will dort niemand bemerkt haben. Wenn man die ganze Welt digitalisiert, kommt so was schon mal vor. Uups, sagen die Leute von Google jetzt, sorry.

Sorry? Es ist ja beileibe nicht das erste Mal, dass bei Google munter drauflos gesammelt wird, bis jemand «Halt!» schreit. Das war so, als das Unternehmen die Bücher der Welt zu scannen begann, ohne sich gross um das Urheberrecht zu kümmern. Das ist auch bei dem Projekt Street View so, dem man als Bürger nur entgehen kann, wenn man darauf beharrt, die Bilder des eigenen Hauses wieder aus dem Netz nehmen zu lassen. Erst scannen, dann fragen - das ist, ohne grosse Zuspitzung, das Geschäftsmodell. In einer zivilen Gesellschaft sollte es andersherum laufen.

### Der Verzicht auf Regeln dient nur den Mächtigen, nicht der Freiheit

Natürlich, auch für Google gilt die Unschuldsvermutung. Schenken wir der Erklärung des Unternehmens also ruhig Glauben, die jüngste Datensammlung sei versehentlich erfolgt, unbemerkt, über mehrere Jahre. Nur: Macht das den Vorgang irgendwie harmloser? Wenn es so wäre, hiesse das ja, dass sie bei Google ihre eigene Software nicht im Griff haben. Dass dort der linke Datenspeicher nicht weiss, was der rechte tut. Was liesse sich Verheerenderes über ein Unternehmen sagen, dessen ganzer Daseinszweck darin besteht, Daten zu sammeln, auszuwerten und neu zu kombinieren?

Schon wahr, Fehler können überall passieren. Aber um die Dimension des Vorgangs zu erfassen, muss man sich einmal fragen, was wohl los wäre, wenn nicht Google, sondern der Bundesinnenminister ein Projekt wie Street View betriebe. Wenn er jeden Bürgersteig, jedes Auto, jede Fassade fotografieren liesse und dabei aus Versehen private E-Mails aufgezeichnet hätte. Es wäre die Hölle los. «Stasi 2.0» würde es

dröhnen, es gäbe Volksbegehren, Verfassungsklagen und Strassenblockaden - und die Piratenpartei bekäme zweistellige Ergebnisse bei jeder Wahl. Und bei Google?

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der deutschen Debatte über das Internet, dass der Daten sammelnde Staat weitaus misstrauischer beobachtet wird als die Daten sammelnden Netzgiganten. Das mag historisch verständlich sein, führt aber neuerdings in die Irre. In einer Welt nämlich, die zusehends durch das Internet strukturiert und bestimmt wird, in einer Welt, in der grosse Firmen längst mindestens so viel über uns wissen wie das Finanzamt, ist die einseitige Fixierung auf den Staat ein Risiko. Denn am Ende ist allein dieser Staat - der liberale, demokratische Rechtsstaat - in der Lage, das Recht auch gegenüber global agierenden Datenriesen wie Google oder Facebook durchzusetzen.

Lange herrschte in der Debatte über das Netz ein rabiater Konsens, der Staat solle besser die Finger vom Internet lassen. Der Cyberspace werde ohnehin nicht von Gesetzen beherrscht, sondern vom Code, von Software und von der Technologie der Rechner. Alles Übrige lasse sich am besten durch Selbstregulierung der Netz-Community erledigen. Derart wirkmächtig war dieser Gedanke, dass sich auch die Politik in Berlin davon hat beeindruckt lassen, zumal nach dem überraschenden Erfolg der Piratenpartei bei der Bundestagswahl.

Der Gedanke aber ist falsch, Googles jüngste Datenpanne beweist es. Denn auch in der digitalen Welt führt der Verzicht auf Regulierung gerade nicht zu einem Zugewinn an Freiheit, sondern bloss dazu, dass sich der Stärkere, der Lautere, der besser Organisierte durchsetzt. Und das heisst in letzter Konsequenz, in einem zunehmend unternehmensdominierten Netz: die grossen Konzerne des digitalen Zeitalters - Google eben, Facebook, Apple. Mit Selbstregulierung ist ihnen so wenig beizukommen wie mit Protestbriefen aus dem Verbraucherschutzministerium. Das dämmert langsam auch manchen Lautsprechern der Netzgemeinde.

## **Google an die Leine**

Worum es jetzt geht, ist eine intelligente und selbstbewusste Regulierung des Netzes durch den Staat. Er muss beileibe nicht alles regeln. Aber er muss garantieren, notfalls mit Auflagen und Strafen, dass die Global Player des Cyberspace sich an ein paar Mindeststandards des Zusammenlebens halten: Transparenz, Fairness, Gesetzestreue.

Seit Mitte des vorvergangenen Jahrhunderts wurden in Deutschland die Eisenbahnen verstaatlicht, nachdem ihre fundamentale Bedeutung für die Industrialisierung deutlich geworden war. Und 1984, ausgerechnet während der Amtszeit von Ronald Reagan, wurde auf Druck der Kartellbehörde der US-Telefonriese AT&T zerlegt, um dessen Monopol zu brechen. Derart brachial muss heute kein Staat eingreifen. Niemand denkt an eine Verstaatlichung der Netzinfrastruktur oder an eine Zerschlagung von Quasimonopolisten. Aber es ist durchaus hilfreich, daran zu erinnern, dass die Politik im Umgang mit Grosskonzernen nicht so machtlos ist, wie es mitunter zu sein scheint. In der analogen Welt nicht und in der digitalen auch nicht.